

# PRO NRW-Ratsgruppe

Gartenstraße 3, 51379 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister  
Uwe Richrath  
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

**Per E-Mail:**

Leverkusen, 26.02.2018

[Hans.guenther.pohlmann@stadt.leverkusen.de](mailto:Hans.guenther.pohlmann@stadt.leverkusen.de)

[Nicole.henrichs@stadt.leverkusen.de](mailto:Nicole.henrichs@stadt.leverkusen.de)

[Michael-molitor@stadt.leverkusen.de](mailto:Michael-molitor@stadt.leverkusen.de)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung und der zuständigen Gremien:

## **Der Leverkusener Stadtrat beschließt:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, ihre Praxis der Altersbestimmung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen neu zu gestalten.**

**Hierzu legt sie dem zuständigen Fachausschuss sowie dem Rat für deren nächste Sitzungen einen Vorschlag für ein strukturiertes, mehrstufiges Verfahren in Anlehnung an anerkannte Praxisbeispiele wie das sogenannte „Hamburger Modell“ vor, das in offenkundigen Zweifelsfällen explizit auch medizinische Verfahren zur Altersbestimmung vorsieht und die derzeitige Praxis einer rein auf Inaugenscheinnahme durch Mitarbeiter der Sozialverwaltung basierende Altersbestimmung ersetzt.**

## **Begründung:**

Im deutschen Rechtswesen kommt der eindeutigen Identifizierung aller ansässigen Personen mit ihrem Geburtsdatum bzw. Lebensalter wegen der weitreichenden rechtlichen und finanziellen Folgen auf vielzähligen Gebieten eine besondere Bedeutung zu.

Laut überregionalen Presseberichten sind die Altersangaben bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bis zu 40 % fehlerhaft, so dass eine nicht unbeachtliche Dunkelziffer zu vermuten ist.

## PRO NRW-Ratsgruppe

---

Gartenstraße 3, 51379 Leverkusen

Im Regelfall nimmt bislang das Jugendamt eine Altersbestimmung ausschließlich basierend auf subjektive Inaugenscheinnahmen durch Mitarbeiter der Sozialverwaltung vor und es wird in Leverkusen auf ergänzende medizinische Verfahren der Altersbestimmung offensichtlich bewusst und systematisch verzichtet, weil diese angeblich kein eindeutiges Ergebnis liefern oder in die körperliche Unversehrtheit der Betroffenen eingreifen würden.

Diese Verwaltungspraxis muss zügig geändert werden.



Markus Beisicht

PRO NRW-Ratsgruppe